



## Warum manche Bürgerliche jetzt gegen das Covid-Gesetz sind

**18. Juni** Nur die Massnahmegegner wollen kämpfen – zum Nein-Komitee gehört nun auch ein FDP-Nationalrat.

### Edgar Schuler

Die Pandemie ist vorbei. Doch die gesetzliche Grundlage für Pandemie-Massnahmen ist immer noch gültig und soll es weiter bleiben: Am 18. Juni entscheidet die Schweiz über eine Verlängerung des Covid-Gesetzes bis Mitte 2024. Es ist die dritte Abstimmung über das Gesetz. Dreimal brachten es massnahmenkritische Kreise an die Urne. Im Juni und im November 2021 sagte das Volk dann jedoch schliesslich deutlich Ja zum Covid-Gesetz.

Schon vier Monate nach der letzten Abstimmung, am 1. April 2022, hob der Bundesrat zwar alle Corona-Massnahmen auf. Der Bundesrat argumentierte aber, der weitere Verlauf der Pandemie lasse sich nicht verlässlich abschätzen, neue, gefährliche Virenvarianten könnten auftauchen, und beantragte eine Verlängerung des Covid-Gesetzes.

«Die aktuelle Phase erfordert Wachsamkeit und Reaktionsfähigkeit», erklärte Gesundheitsminister Alain Berset im Parlament im Herbst 2022. Es stimmte einer abgespeckten Fassung des Gesetzes zu, nur die SVP war geschlossen dagegen. Damit sollen die gesetzlichen Grundlagen fürs Covid-Zertifikat und andere Epidemie-Massnahmen bis Ende Juni 2024 bestehen bleiben.

### «Ein überflüssiges Gesetz»

Jetzt sagt FDP-Nationalrat Marcel Dobler: «Dieses Gesetz braucht es nicht mehr – und ein überflüssig gewordenes Gesetz sollte man aus liberaler Sicht auslaufen lassen, eher früher als später.» Dobler ist darum dem

Referendumskomitee der Massnahmegegner beigetreten. Dies, obwohl seine Fraktion der Verlängerung des Gesetzes noch zugestimmt hatte.

Im Gegensatz zu den Massnahmenkritikern der ersten Stunde betont Dobler allerdings, dass manche Massnahmen während der Pandemie ihre Berechtigung gehabt hätten. «Sie waren nötig, um die Belastungsspitzen in den Spitälern zu brechen.»

Heute stellt sich für ihn die Situation aber anders dar: «Wir hatten das Covid-Gesetz beschlossen, um die Lücken des Epidemiengesetzes zu füllen.» Das werde bald nicht mehr nötig sein.

Bereits laufen die Arbeiten, um das Epidemiengesetz aufgrund der Erfahrungen mit Corona anzupassen. Die Anpassungen sollen spätestens 2026 in Kraft treten. «Selbst wenn wir einer Verlängerung des Covid-Gesetzes bis 2024 zustimmen, bleibt also eine Lücke von zwei Jahren», sagt Dobler. «Das Gesetz jetzt auf Vorrat zu verlängern, im Wissen, dass es sowieso nicht nahtlos ins neue Epidemiengesetz übergeht, ist aus meiner Sicht falsch.»

Ebenfalls gegen eine Verlängerung spricht sich FDP-Nationalrätin Daniela Schneeberger aus: «Ich habe schon im Parlament Nein gestimmt und bleibe dabei – aber emotionslos.» Sie engagiert sich in keinem Komitee und will sich öffentlich nicht weiter dazu äussern. Weder Dobler noch Schneeberger werden sich in der FDP für eine Nein-Parole einsetzen.

Die FDP ist die letzte der grossen Parteien, die eine Parole

fasst. Sie entscheidet am 5. Mai. Bei Mitte, GLP, SP und Grünen steht die Ja-Parole bereits fest.

### Kein gemeinsames Komitee

Von einem grossen Einsatz der Parteien im Abstimmungskampf ist aber nicht auszugehen: Mitte, SP und Grüne teilen mit, dass sich ihre Werbung auf parteiinterne Kanäle beschränken wird. Damit dürften Bemühungen der Grünliberalen ins Leere laufen, ein gemeinsames Komitee auf die Beine zu stellen.

Ein solches parteiübergreifendes Komitee gab es bei den letzten beiden Abstimmungen. Kampagnenspezialist Peter Metzinger hatte es damals geleitet. Für die Abstimmung vom November 2021 verfügte das Ja-Komitee über rund 150'000 Franken. Aber dieses Mal dürfte es laut Metzinger nicht einmal ein Bruchteil davon sein. «In der Sache ist dieses Referendum ein Witz», sagt Metzinger, «denn was von dem Gesetz noch übrig bleibt, ist der Bevölkerung und der Wirtschaft nicht mehr viel wert, weil es auch nicht mehr viel bewirken kann.»

Vollen Einsatz für ein Nein leisten will dagegen das Referendumskomitee. Es wird geleitet von Roland Bühlmann (Freunde der Verfassung) und Nicolas A. Rimoldi (Mass-voll). Bühlmann sagt: «Wir werden auf allen Kanälen und Plattformen werben.» Aber auch er schränkt ein, dass die Kampagne nicht so intensiv sein werde wie in den beiden emotionalen Abstimmungskämpfen 2021.